



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

Auch im Januar 2014 ist in Europa wieder einiges passiert, über das wir Sie gerne informieren möchten. In dieser Ausgabe möchte ich Sie bereits auf unseren 6. Europakongress im März aufmerksam machen und Ihnen Informationen zu folgenden wichtigen europapolitischen Themen bereitstellen.

- 1. Ankündigung: 6. Europakongress am 28./29. März 2014 in Potsdam**
- 2. Gesundheitsausschuss stimmt Neufassung der EU-Tabakproduktrichtlinie zu**
- 3. Parlament mahnt zur Einhaltung des Freizügigkeitsrechts**
- 4. Neuregelung bei öffentlicher Auftragsvergabe**
- 5. Einigung bei Finanzmarktrichtlinie, Widerstand bei Abwicklung insolventer Banken**
- 6. Bericht zur Lebensmittelsicherheit verabschiedet**
- 7. Verbraucherprogramm „2014-2020“ beschlossen**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen und Wünschen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 12 E 205

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3

D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720

1. Ankündigung: 6. Europakongress am 28./29. März 2014 in Potsdam

Bereits an dieser Stelle möchte ich Sie auf den 6. Europakongress zum Thema „Kommunale Energiewende europäisch denken“ vom 28.-29. März 2014 im Seminaris Seehotel in Potsdam aufmerksam machen und Sie bitten, sich diesen Termin schon heute vorzumerken. Auch dieses Jahr möchten wir den Dialog mit Ihnen suchen, fortsetzen und intensivieren. Besonders im Hinblick auf die Auswirkungen von Entscheidungen auf europäischer Ebene für die Städte und Kommunen ist dieser Austausch unerlässlich und soll Ihnen eine europäische Perspektive auf die Energiewende eröffnen.

Die Energiewende ist ein viel diskutiertes Thema und der sichere Energiezugang durch ein gut ausgebautes Netz sowie ein sinnvolles Netzmanagement ist ein hohes Gut in unserer technisierten Gesellschaft. Damit die Wende hin zu nachhaltiger, sauberer Energie gelingen kann, braucht es auch und vor allem leistungsfähige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände, um die vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft auf allen Ebenen umsetzen zu können. Gerne möchte ich mit Ihnen in diesem Kontext die Problemstellungen diskutieren, die direkte Auswirkungen auf die Kommunalpolitik vor Ort haben. Im Mittelpunkt der Veranstaltung soll dabei die Rolle kommunaler Verantwortungsträger bei der Umsetzung der Energiewende stehen.

2. Gesundheitsausschuss stimmt Neufassung der EU-Tabakproduktrichtlinie zu

Am 23.01.2014 stimmte der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments der Neufassung der EU-Tabakproduktrichtlinie, die im Oktober letzten Jahres vom Parlament verabschiedet worden war, zu. Im Mittelpunkt der Änderungen steht vor allen Dingen das Anliegen, einen verstärkten Jugendschutz zu erreichen.

Konkrete Maßnahmen umfassen unter anderem, dass Zigarettenpäckchen künftig mit mindestens 65 % Warnhinweisen in Bildform, anstatt Werbung bedeckt sein müssen. Darüber hinaus werden aromatisierter Zigaretten, sowie Mentholzigaretten nach einer Übergangsfrist vom Markt genommen und eine verschärfte Meldepflicht für Tabakzusatzstoffe eingeführt. Zudem ist der illegale Handel mit Tabakerzeugnissen ein zentrales Anliegen, der durch ein umfassendes Rückverfolgungssystem stärker bekämpft werden soll. Vor allen Dingen auch die E-Zigarette, als Alternative zur herkömmlichen Zigarette, die schon lange ein Anlass zu kontroverser Diskussion im Parlament und von der EVP-Fraktion stets unterstützt worden ist, ist von der Regelung betroffen. Die Neuregelung sieht hier vor, dass das Produkt auch weiterhin ohne Apothekenpflicht frei verkäuflich bleibt. Die EVP-Fraktion, die sich von Beginn an für den Erhalt der E-Zigarette auf dem freien Markt stark gemacht hat, begrüßt diese Entwicklung sehr. Was die Frage der Nachfüllflaschen für die E-Zigarette betrifft, hat der Rat in Bezug auf Produktsicherheit jedoch noch einen Vorbehalt angemeldet, der anschließender Klärung Bedarf.



Die Tabakproduktrichtlinie muss nun noch formell von Parlament und Rat bestätigt werden und wird voraussichtlich Mitte 2014 in Kraft treten.

3. Parlament mahnt zur Einhaltung des Freizügigkeitsrechts

Das Recht sich als EU-Bürger frei innerhalb der Grenzen der EU bewegen zu können, gehört zu den grundlegenden Errungenschaften der Union. In letzter Zeit wurden seitens der nationalen Regierungen, vor allem Großbritanniens, jedoch immer wieder Stimmen laut, eben dieses Recht aus Furcht vor einer Massenzuwanderung an Arbeitnehmern aus Osteuropa begrenzen zu wollen. Sie sehen in den Wanderarbeitern eine Bedrohung für ihre Sozialsysteme.

Am 16.01.2014 hat sich das Europaparlament jedoch klar entgegen dieser Entwicklungen positioniert, indem es der vom EVP-Abgeordneten Marian-Jean Marinescu geschriebenen Resolution für die Einhaltung des Rechts auf Freizügigkeit durch die Nationalstaaten zustimmte. Die Einhaltung des EU-Rechts, die Gleichbehandlung aller EU-Bürger und die Diskriminierungsfreiheit werden damit erneut durch das Parlament betont.

Denn es kann nicht nachgewiesen werden, dass Wanderarbeiter den Sozialkassen der Gastländer zur Last fallen. Unterschieden werden muss hier zwischen der Nutzung des Rechts auf Freizügigkeit zur gezielten Arbeitsaufnahme und der Nutzung desselben Rechts mit dem Ziel der Ausnutzung der Sozialsysteme. Beides darf nicht miteinander in Verbindung gebracht werden, wobei Wanderarbeiter nachweislich zur Ökonomie ihrer Gastländer beitragen, gaben sowohl Marinescu, als auch der Vize-Präsident des EU-Parlaments und Mitglied der EVP-Fraktion Jacek Protasiewicz, zu verstehen.

Sprecher des Parlaments betonten, dass Debatten wie diese rational geführt und nicht propagandistisch als Teil einer politischen Kampagne von manchen Parteien missbraucht werden dürften, um ein unnötiges Aufkeimen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu vermeiden.



4.

Neuregelung bei öffentlicher Auftragsvergabe

Öffentliche Stellen kaufen jedes Jahr für Milliarden von Euro Güter und Dienstleistungen. Wie lässt sich sicherstellen, dass dabei keine Steuergelder verschwendet werden? Das Europaparlament hat am Mittwoch, 15. Januar 2014, mit großer Mehrheit dafür gestimmt, Kriterien wie Qualität, Beständigkeit und Lebensdauer der gekauften Produkte und Dienstleistungen in den Mittelpunkt der Ausschreibungen zu stellen.

Die EU-Kommission hat die Überarbeitung der EU-Vergaberichtlinien in 2011 angestoßen, im Juni 2013 wurden die neuen Regeln mit dem Rat der Europäischen Union vereinbart und mit der Zustimmung des Europaparlaments ist nun das europäische Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen.

Das öffentliche Auftragswesen beträgt etwa 18% des europäischen BIPs und ist somit ein mächtiger Hebel für die Erreichung bestimmter politischer Ziele. Mit den neuen Richtlinien können Beschaffer im Vergabeverfahren ihren Schwerpunkt stärker auf Qualität, Umwelt- oder Sozialaspekte sowie Innovation legen, und dabei weiterhin den Preis und die Lebenszyk-

luskosten der ausgeschriebenen Ware oder Leistung berücksichtigen. “Das neue Kriterium wird das Diktat des niedrigsten Preises beenden und die Qualität wieder in den Mittelpunkt stellen”, erklärte der verantwortliche Berichterstatter im EU-Parlament Marc Tarabella.

Eine Priorität für die EVP-Fraktion war außerdem die Vereinfachung und Flexibilisierung der Vergaberegeln und –verfahren, beispielsweise durch die Verwendung eines einheitlichen europäischen Auftragsdokuments. Auch die vereinfachte Teilnahme des Mittelstands an europaweiten öffentlichen Ausschreibungen wird von der EVP-Fraktion besonders begrüßt.

Die EU-Vergaberichtlinien werden außerdem durch eine eigene Richtlinie zur Konzessionsvergabe ergänzt, worunter im Allgemeinen die Übertragung eines Nutzungsrechts an öffentlichen Gütern durch staatliche Stellen an private Träger verstanden wird. Federführend war hier Philippe Juvin von der EVP-Fraktion. In Ermangelung einer EU-weit gültigen Definition von Konzessionen hatten einzelne EU-Staaten hier sehr unterschiedliche Interpretationen verwendet. Die neuen Regeln werden helfen, Missbrauch und Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Konzessionen zu vermeiden.

5. Einigung bei Finanzmarktrichtlinie, Widerstand bei Abwicklung insolventer Banken

Das Europäische Parlament, die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich am 14. Januar 2014 auf einen Kompromiss zur Finanzmarktrichtlinie (MiFID) geeinigt, die eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte vorsieht.

Schwachstellen, die sich in der Finanzkrise deutlich gezeigt haben, sollen mit den neuen strengeren Bestimmungen nun ausgeräumt werden. Konkret sieht die neue Finanzmarktrichtlinie eine schärfere Regulierung von Hochfrequenzhandel und Rohstoffspekulationen vor, zudem sollen Anleger stärker geschützt werden.



Gefahren, die vom Hochfrequenzhandel ausgehen, wie Turbulenzen an den Aktienmärkten oder Manipulationen, werden durch die gezielte Regulierung europaweit nun eingedämmt. Dem Nahrungsmittel- und Rohstoffhandel werden durch strenge Positionslimits in Zukunft Grenzen gesetzt. Wenn ein reales Interesse an der Ware besteht, gelten Positionchecks. Ein Automobilhersteller hat ein reales Interesse, dass er Stahl bekommt. Er sollte den Stahlpreis also auch über Termingeschäfte absichern können. Ein Hedgefonds, der lediglich auf die Preisentwicklung des Stahls spekuliert, braucht keinen Stahl und wird ihn auch nicht einkaufen. Solche rein spekulativen Geschäfte sollen über Positionslimits beschränkt werden. Um Anleger besser zu schützen, muss künftig europaweit bei der persönlichen Beratung in der Bankfiliale mit einem schriftlichen Protokoll und bei der Telefonberatung durch Aufzeichnung dokumentiert werden, warum ein Finanzprodukt empfohlen wurde und wie risikobereit der Kunde ist. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Kunden ausschließlich solche Anlageprodukte empfohlen werden, die ihrer Risikobereitschaft entsprechen.

Die Plenarabstimmung über das Gesetz wird für März erwartet, in Kraft treten soll die Richtlinie 2017.

Eine weitere Thematik, die in der Finanzkrise aufgekommen ist, ist die Abwicklung maroder Banken. Die EVP-Fraktion stimmte im Dezember 2013 zusammen mit einer Mehrheit im Parlament gegen die Aufweichung der neuen Regeln für insolvente Banken, wie sie von den EU-Finanzministern vorgeschlagen wurden. So fordert das Parlament, dass der sogenannte einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) für alle rund 6000 Banken des Euroraums zuständig sein soll, nicht nur für die von den Ministern geplanten etwa 250 größten. Ferner wollen die Parlamentarier die Letztentscheidung über die Abwicklung einer Bank der EU-Kommission übertragen. Die Finanzminister sehen bisher ein kompliziertes Verfahren vor, in dem sie selbst das letzte Wort haben. Da das Europaparlament dem Vorhaben zustimmen muss, hat der Vorsitzende der Eurogruppe nun angemahnt, in ernsthafte Verhandlungen mit dem Europaparlament zu treten.

6. Bericht zur Lebensmittelsicherheit verabschiedet

Das Leben innerhalb der EU ist geprägt von Werten und Standards mit dem Ziel, eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten. Für diesen hohen Standard setzt sich die EVP-Fraktion stets ein. Dies umfasst auch den sorgenfreien Einkauf und Verzehr von Lebensmitteln. In der Januar-Plenarsitzung des Parlaments stand die Fraktion daher für mehr Lebensmittelsicherheit in der Union ein.



Nach einer Reihe von Lebensmittelskandalen im Vorjahr, wie beispielsweise das in Lebensmitteln gefundene Pferdefleisch, gab es einen stetig wachsenden Aufschrei in der Bevölkerung nach strengerer Regulierung und Kontrolle.

Auf Drängen der EVP, stimmte das Parlament dem Bericht von Esther de Lange zu, indem sie eine eindeutige Definition von Lebensmittelbetrug fordert, die Kontrollen durch engere Kooperation mit Mitgliedstaaten und Interpol ausweiten will, und sich für mehr Informationen und Transparenz im Sinne der Verbraucher stark macht.

Zudem wurde die Forderung der EVP, nach höheren Strafen für Lebensmittelbetrüger erfolgreich vom Parlament angenommen, wodurch die Kommission nun dazu aufgerufen ist, den nächsten Schritt zu unternehmen.

Durch diesen ersten Erfolg, hat die EVP entscheidend zu einem Richtungswechsel in der Lebensmittelpolitik beigetragen, hin zu einem faireren Wettbewerb in der Lebensmittelbranche und mehr Transparenz und Verbrauchersicherheit für die EU-Bürger.

7. Verbraucherprogramm „2014-2020“ beschlossen Am 14. Januar hat das Europäische Parlament das Verbraucherprogramm 2014-2020 mit großer Mehrheit verabschiedet. In den nächsten sieben Jahren wird es den Ländern dadurch ermöglicht, im Sinne der Verbraucher eine Summe von 189 Mio. € zu investieren. Im Allgemeinen dient es einer besseren Aufklärung der Verbraucher über ihre Rechte und einem verstärkten Gesundheits- und Finanzschutz.

Besonders hat sich die EVP hierbei für vier Punkte stark gemacht. Zum einen war ihr die strikte Kontrolle und der Schutz der Verbrauchersicherheit auf EU-Ebene durch Systeme wie beispielsweise RAPEX, dem EU Alarmsystem für gefährliche Konsumgüter ein besonderes Anliegen. Zum anderen sollen Informations- und Aufklärungsinitiativen gefördert werden, um besonders die jüngeren Verbraucher über ihre Rechte zu unterrichten. Darüber hinaus werden auch die Verbraucherrechte selbst gestärkt und durch die Consumer Credit Richtlinie eine teilweise Standardisierung von Verbraucherrechten innerhalb der EU erreicht, wodurch Sprachbarrieren im EU-Ausland gemindert werden sollen. Ferner kann nun ein Eingriff von Organen der EU-Kommission erfolgen, wo immer die Rechte von Verbrauchern verweigert oder gemindert werden.



Bildquellen:

- 1) <http://www.eppgroup.eu/de/press-release/Tabakprodukte-strenger-reguliert-zum-Schutz-der-Jugend>
- 2) <http://www.eppgroup.eu/de/press-release/EPP-Group-calls-on-Member-States-to-respect-free-movement>
- 3) <http://www.eppgroup.eu/de/press-release/New-rules-on-public-procurement-will-save-public-money>
- 4) <http://www.eppgroup.eu/de/press-release/MiFID%3A-stability-and-transparency-for-financial-markets>
- 5) <http://eppgroup.eu/sites/default/files/styles/large/public/photo/2012/11/105940374.jpg?itok=ZuC46ekq>
- 6) <http://www.eppgroup.eu/sites/default/files/styles/large/public/photo/2012/11/123386207.jpg?itok=RKzamAUR>